Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

10.3.1864 (No. 59)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 10. März.

Nr. 59.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

△ **Oesterreichisches Hauptquartier Veile** (Jütland), Dienstag 8. März. Das österreichische Korps überschritt heute früh 6 Uhr die Kolding-Au und stieß 5/4 Meilen südlich von Veile auf dänische Kavallerie, wobei der Generalstabshauptmann v. Uexküll leicht, und der Dragonerleutnant Czernin schwer verwundet wurden, und Letzterer in die Hände des Feindes fiel. Außerdem betrug der Verlust einige Windisch-Grätz-Dragoner.

Nachdem der Feind bis Veile zurückgedrängt worden, nahmen drei dänische Infanterieregimenter, zwei Kavallerieregimenter und drei Batterien nördlich von der Veile-Au Stellung. Sie wurden von der Brigade Nostitz und einem Theil der Brigade Gondrecourt unter der Führung des F.M.L. v. Gablenz trotz ihrer sehr starken Stellung siegreich und entschieden gegen Horsens zurückgeworfen. Der Verlust des Feindes ist bedeutend; es wurden viele Gefangene gemacht. Der Verlust der Oesterreicher an Todten und Leichtverwundeten ist noch nicht genau ermittelt; schwer Verwundete bis jetzt 60 bekannt.

† **Kolding**, Dienstag 8. März. Die preußische Gardedivision, bei der sich der Kronprinz und Feldmarschall v. Wrangel befindet, ist nach Sönderbygd (in nächster Nähe von Fridericia) vorgerückt und hat die Dänen nach Fridericia zurückgeworfen und 180 Gefangene gemacht. Verlust der Preußen 20 Verwundete und 2 Todte.

Dresden, 8. März. (A. Z.) Ein Telegramm des „Dresd. Journ." widerruft die von ihm gebrachte Nachricht über einen Kampf bei Düppel; nur die Requisition von Aerzten und Sanitätsmannschaften aus Rendsburg sei wahr.

Hamburg, 8. März. Man telegraphirt der Wiener „Presse": Eine neueste Zirkularnote Lord J. Russell's, d. d. London, 5. März, an die Vertreter Großbritanniens im Auslande, schildert die fruchtlos gebliebenen Bemühungen des ausw. Amts zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, und wälzt nunmehr alle Verantwortlichkeit für die kommenden Ereignisse von England ab. In der Zirkularnote wird unter Anderm gesagt: „Nicht die Hartnäckigkeit des in seinem Staatsrecht verletzten Dänemarks, sondern der unbegreifliche Eigensinn Deutschlands treiben letzteres zu Schritten, die uns (England) früher oder später die Einmischung zur Pflicht machen werden."

Deutschland.

Frankfurt, 8. März. Der in der Bundestags-Sitzung vom 3. März gestellte Antrag Hannovers in Sachen der Aufbringung deutscher Schiffe durch dänische Kreuzer lautet:

Obgleich sich der Deutsche Bund nicht im Krieg mit Dänemark befindet, hat doch die königl. dänische Regierung angeordnet, daß von ihren Schiffen die deutschen Schiffe ohne Unterschied der Flagge auf offener See als Prisen aufgebracht werden sollen. Durch jene Maßregel ist die königl. dänische Regierung faktisch zu feindseligen Unternehmungen wider den Deutschen Bund vorgeschritten. Denn sie setzt voraus, daß die Schiffe der deutschen Flaggen feindlichen Staaten angehören, und nach unzweifelhaften Grundsätzen des Völkerrechts kann die Wegnahme und die Aneignung von Schiffen als Prisen nur dann vor sich gehen, wenn schon Kriegszustand unter den Staaten besteht, zu denen die aufbringenden und aufgebrachten Schiffe gehören. Die königl. Regierung hält es für geboten, daß der Deutsche Bund jenen feindseligen Angriff Dänemarks auf die Flaggen und das Eigenthum der Bundesstaaten nicht länger unbeachtet lasse, und stellt daher den Antrag: Hohe Bundesversammlung wolle beschließen, daß vom hohen Bundespräsidium an die königl. dänische Regierung die Aufforderung gerichtet werde, binnen 14 Tagen die etwa bereits auf hoher See aufgebrachten Schiffe deutscher Flaggen wieder herauszugeben und die Anordnung des Aufbringens zurückzunehmen, widrigenfalls der Deutsche Bund die geeigneten Maßregeln zur Wahrung seines verletzten Rechts ergreifen werde.

Die Erklärung, welche Bremen gemeinschaftlich mit Lübeck in der Bundestags-Sitzung vom 3. März abgegeben hat, lautet folgendermaßen:

Bremen hält eine vorgängige Berathung des Antrags durch die vereinigten Ausschüsse schon deßhalb für unerläßlich, weil die Sachlage, von welcher die Bundesversammlung bei ihren Beschlüssen vom 1. Oktob. und 7. Dez. v. J. ausgehen mußte, seitdem eine wesentliche Veränderung erlitten hat. Einestheils haben seit jener Zeit Oesterreich und Preußen in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte gegen Dänemark eine Aktion eintreten lassen, welcher der Bund sowohl hinsichtlich ihrer Leitung als der zu erreichenden Ziele fremd geblieben ist; anderntheils haben auch die Truppenaufstellungen Oesterreichs und Preußens nördlich und südlich von der Eider eben hiedurch einen solchen Charakter angenommen, daß dieselben nicht mehr ohne Weiteres im Sinn der gedachten Bundesbeschlüsse als Reservestellungen für eine lediglich im innern Bundesdienst verwandte Streitmacht angesehen werden können. Sowohl in dem Fall, daß der letztern eine erweiterte Bestimmung gegeben werden, als auch in dem andern Fall, daß deren bisherige Aufgabe unverändert bleiben sollte, würde es nothwendig sein, durch einen vorbereiteten, wohlerwogenen Bundesbeschluß diejenigen Formen und Bedingungen festzustellen, unter denen entweder ein weitergehendes Eingreifen der Bundesautorität in den Gang der Ereignisse einzutreten hätte, oder das Verhältniß zwischen der selbständig agirenden österreichisch-preußischen Kriegsmacht und dem (wesentlich andern Zwecken dienenden) Bundeskorps sich gestalten soll. In dem letztern Fall würde schon allein die Wahrscheinlichkeit einer Vermengung der selbständigen Aktion der beiden Großmächte mit der Aktion des Bundes, wie sie durch Einsetzung eines gemeinschaftlichen militärischen Oberbefehls nahe treten müßte, die Nothwendigkeit begründen, die Modalitäten einer solchen Einrichtung, ehe sie durch einen Bundesbeschluß sanktionirt wird, einer eingehenden Erwägung zu unterziehen. Aus diesen Gründen muß der Senat sich für die Verweisung an die Ausschüsse erklären und würde, falls die Mehrheit sich dagegen entschiede, sich genöthigt sehen, gegen den Antrag zu stimmen.

†† **Stuttgart**, 9. März. Heute ist ein Bülletin über das Befinden Sr. Maj. des Königs erschienen. Es heißt darin: Großer Schwächezustand ohne besondere Beschwerden; viel Schlaf; heute Morgen wieder Brustbeklemmung.

München, 6. März. Man schreibt der „Allgem. Ztg." anläßlich der Anwesenheit des Erzherzogs Albrecht (bei dem auch der Staatsminister des Aeußern, Hr. v. Schrenk, bereits eine Audienz hatte):

Bayerns Regierung wird, so wie sie sich nicht durch das Drängen von einer Seite auf die gefährliche und abschüssige Bahn einer abenteuerlichen, zum Chaos in Deutschland und zum sichern Verderben für Bayern selbst führenden Politik verleiten läßt, voraussichtlich eben so wenig durch irgendwelche Einflüsse und Einwirkungen sich von dem Standpunkt abbringen lassen, den sie als denjenigen des Rechts und der Wahrheit erkannt, vom Anfang an in der schleswig-holsteinischen Frage eingenommen und konsequent festgehalten hat.

Aus **München**, 6. März, wird der „N. Würzb. Ztg." geschrieben: „Die General-Zollkonferenz in Berlin wird früher zum Schluß gelangen, als man bisher vermuthete, denn der bayrische Bevollmächtigte wird schon bis zum 17. d. M. wieder hier eintreffen. Das gewünschte Resultat der Verständigung über Fortbestand des Zollvereins hat die Konferenz freilich nicht erzielt, doch sollen weitere Verhandlungen einer spätern Konferenz vorbehalten bleiben."

Darmstadt, 7. März. (Fr. J.) Nach etwa anderthalbwöchentlicher Unterbrechung hielt heute die Zweite Kammer wieder Sitzung. Zur Verhandlung kommt zunächst der Antrag der Abgg. Dumont und Metz, die Rechtsverhältnisse der Stadt Mainz der Bundesfestung gegenüber betr. Der Ausschuß beantragt:

Die verehrliche Kammer wolle großh. Staatsregierung ersuchen, I. ihre bisherigen, mit Dank anzuerkennenden Bemühungen für die Stadt Mainz in allen sub pos. II. 1—4 des rubrizirten Antrags angedeuteten Beziehungen (Sicherung der persönlichen Freiheit der Bewohner, Ersatz von Schäden, die durch militärische Ereignisse verursacht sind, Ersatz und richterliche Hilfe bei Requisitionen, Erweiterung der Stadt, insbesondere Zuziehung des Gartenfeldes), namentlich auch, was Pos. II 2 dieses Antrags (Ersatz von Schäden) betrifft, unermüdet fortzusetzen, insbesondere bei den bevorstehenden Berathungen der Bundesversammlung über ein definitives allgemeines Bundesfestungs-Reglement; sodann II., sobald ein solches Reglement von der Bundesversammlung beschlossen worden, den Ständen einen Gesetzentwurf vorzulegen über den Vollzug aller darin enthaltenen Bestimmungen, welche Abweichungen von den im Großherzogthum geltenden staatsbürgerlichen und bürgerlichen Gesetzen begründen sollen.

Legationsrath Hofmann (Reg.-Kommissär) findet den Antrag unter I überflüssig, da anerkannt werde, daß die Regierung nichts versäumt habe. Bezüglich des Schadensersatzes bei militärischen Schäden habe die Bundesversammlung bei Gelegenheit der Pulverexplosion 1857 jede Haftpflicht ganz bestimmt abgelehnt, und es sei nicht zu erwarten, daß sie ihre Anschauungen geändert habe. Der Antrag unter II sei ungeeignet, da Bundesbeschlüsse der ständischen Genehmigung nicht bedürfen.

Dumont: Mainz sei in schlimmerer Lage, als alle anderen Bundesfestungen, insbesondere auch deßhalb, weil das Kommando in den Händen auswärtiger, dem Landesherrn nicht verantwortlicher Offiziere sei. Das Reglement sei nicht publizirt und deßhalb ungiltig. Auch könne der Bund nicht, wie hier geschehen, in die jura singulorum der einzelnen Staaten eingreifen. Redner geht auf die Details des Reglements ein, und zeigt im Einzelnen, wie die persönliche Freiheit und das Eigenthum der Bürger selbst in Friedenszeiten den Militärbehörden anheimgegeben ist. Das Reglement sei der kodifizirte Absolutismus der Militärgewalt in Kriegs- und Friedenszeiten. Der Verpflichtung wegen Ausbaues der erforderlichen Kasernen sei der Bund bis jetzt nicht nachgekommen. Redner bedauert, daß seine Vertretung der Interessen seiner Vaterstadt in eine Zeit falle, in der die Nation mit Lebensfragen beschäftigt ist und das Band des Bundes ganz zu zerfallen droht. Falls die Verhältnisse der Stadt Mainz gegenüber der Militärgewalt nicht geändert werden, so werde dies ein weiterer Beitrag zur Unhaltbarkeit unserer öffentlichen Zustände sein.

Legationsrath Hofmann sucht das düstere Bild, das Dumont entrollt hat, zu mildern, erkennt aber an, daß die Bestimmungen des Reglements das Maß der im Vertheidigungsinteresse erforderlichen Beschränkungen und Dessen, was durch den Staatsvertrag von 1816 festgesetzt sei, überschreite. Allein die Regierung sei nicht in der Lage, die Vollziehung des Reglements durch die vom Bund dazu angewiesenen Militärbehörden zu beseitigen, und deßhalb werde auch eine Vorlage dieses Reglements und Verwerfung desselben durch die Kammer die Verhältnisse der Stadt Mainz nicht bessern, vielmehr nur auf das Verhältniß zu den Militärbehörden ungünstig wirken.

Metz wünscht, daß die Kammer nicht solchen Rücksichten sich gefangen gebe, sondern sich einzig und allein auf den klaren Rechtsstandpunkt stelle und den Antrag, so wie er gestellt worden, annehme. Redner begründet das näher und zeigt insbesondere, wie das Reglement in einzelnen Fällen dahin geführt hat, daß die persönliche Freiheit und das Eigenthum der Mainzer Bürger rücksichtslos verletzt und geschädigt wurde.

Es sprachen noch verschiedene Redner, insbesondere der Berichterstatter Becker, der konstatirt, daß auch der Ausschuß die einschlägigen Bestimmungen des Reglements für durchaus rechtsungiltig erklärt habe. Dies gibt dem Antragsteller Veranlassung, auf eine besondere Abstimmung über den ursprünglichen Antrag zu verzichten und sich den Ausschußanträgen anzuschließen. Dieselben werden mit 34 gegen 7 Stimmen angenommen.

Aus Nassau, 7. März. (Fr. J.) Gestern fand eine Versammlung von liberalen Abgeordneten und Wahlmännern aus dem südlichen und westlichen Nassau in Castel statt. Die Versammlung mochte aus ungefähr 300 Mitgliedern bestehen, worunter sich jedoch mehrere Gäste aus Castel und Mainz befanden, welche die Nassauer auf ihrem Boden bewillkommen wollten. Da die Versammlungen der liberalen Partei in Nassau auf heimathlichem Boden in letzter Zeit inhibirt wurden, so wird die Partei von jetzt an ihre Versammlungen in den benachbarten Grenzorten halten; die nächste wird wohl auf preußischem Boden stattfinden.

Neuwied, 5. März. (N. Preuß. Ztg.) Nach einer Mittheilung aus Baden ist daselbst Se. Durchl. der Fürst Wilhelm Hermann Karl von Wied, königl. preußischer Generalleutnant und Chef des 3. rheinischen Landwehrregiments Nr. 29, am 5. d., früh um 5 Uhr, sanft verschieden. Er war 1814 geboren, und seit 1842 mit Prinzessin Marie von Nassau vermählt. Der Erbprinz Wilhelm ist am 22. August 1845 geboren. [Die „Süddeutsche Ztg." fügt dieser Nachricht Folgendes bei: Der Verstorbene gehörte zu den wenigen Mitgliedern des hohen deutschen Adels, welche den freiheitlichen und nationalen Bestrebungen unseres Volkes sympathisch gesinnt waren. Leider verhinderte ihn seine schon seit Jahren andauernde Kränklichkeit, dieser Gesinnung einen öffentlich hervortretenden Ausdruck zu geben. Er war durch eine hohe geistige Strebsamkeit und ungewöhnliche Bildung ausgezeichnet; namentlich war es die Philosophie, welcher er eingehende Studien widmete. Auf dem philosophischen Gebiet ist er, wenn gleich nicht mit seinem Namen, auch als Schriftsteller aufgetreten, so insbesondere mit dem (bei Brockhaus erschienenen) größern Werke „Das unbewußte Geistesleben", sodann mit einem kleinern Schriftchen: „Ein Ergebniß aus der Kritik der Kantischen Freiheitslehre", welches seinerzeit eine ziemlich lebhafte Debatte, u. a. in der Fichte'schen Zeitschrift für Philosophie und spekulative Theologie, hervorgerufen hat. Als Mensch hinterläßt er das Andenken eines eben so liebenswürdigen als edlen und reinen Charakters.]

Koburg, 8. März. Man telegraphirt der „Allg. Ztg.": Herzog Ernst von Koburg ist heute nach Paris abgereist; doch scheint die Reise keine politische Bedeutung zu haben.

Gotha, 5. März. (Kob. Z.) Das heute publizirte Urtheil des hiesigen Appellationsgerichts in der Injuriensache der Fürstin von Reuß-Greiz gegen den Dr. Ludwig Rückert in Koburg lautet auf 8 Tage Gefängniß gegen Letztern. Das erstinstanzliche Urtheil lautete auf 14 Tage Gefängniß.

Hannover, 7. März. (Fr. J.) Der ständische Schleswig-Holstein-Ausschuß hat in beiden Häusern des Landtags den Antrag eingebracht, folgende Adresse an den König zu beschließen:

Stände haben aus der Thronrede mit freudiger Erregung vernommen, wie Allerhöchst-Sie unausgesetzt in dem Bestreben fortfahren, die Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg zu voller Geltung zu bringen und zugleich neben dem steten Bemühen, drohende Spaltung unter den Bundesgliedern abzuwenden, nichts unterlassen, um die Bundesverfassung und mit ihr die Selbständigkeit des Königreichs entschieden zu wahren. Stände halten es für ihre Pflicht, hiermit öffentlich und feierlich Namens des gesammten hannoverschen Volkes auszusprechen, daß Ew. Majestät Sich nicht getäuscht haben in der Erwartung, bei diesen Bestrebungen auf die bereitwilligste Mitwirkung der Stände rechnen zu können. Daß es den Ständen und dem Lande ein erhebendes Gefühl ist, sich Eins zu wissen mit seinem Könige in dem Bestreben, die Rechte der genannten Herzogthümer, vor Allem die schwer gekränkten Rechte Schleswig-Holsteins auf Selbständigkeit, auf staatliche Zusammengehörigkeit und auf den durch das in den Herzogthümern geltende, vom Bunde anerkannte Recht der agnatischen Erbfolge berufenen legitimen Fürsten mit aller Kraft zu wahren; sich Eins zu wissen mit seinem Könige in der Ueberzeugung, daß ohne die Kraft, welche das Band der Vereinigung den deutschen Staaten verleiht, auch die Selbständigkeit und Integrität unseres Königreiches gefährdet wird; und daß, wie in allen die Existenz des Bundes bedrohenden Stürmen sein gutes Recht als seine sicherste, wenn nicht seine einzige Stütze erscheint, der erhabene Beruf eines jeden deutschen Fürsten es ihm zur Nothwendigkeit macht, mit allen in seinen Kräften stehenden Mitteln dahin zu streben, daß, wo der Bund berufen ist, über die verfassungsmäßigen Rechte eines Bundeslandes einen Ausspruch zu thun, das Recht diesem Ausspruch zu Grunde zu legen ist. Auf diesem Wege allein ist nach Ueberzeugung der Stände die Einigkeit Deutschlands wiederherzustellen, und damit der sicherste Schutz gegen äußere Feinde zu gewinnen. Und müssen

denn nach dem Rathschlusse des Höchsten die Rechte des deutschen Vaterlandes im blutigen Kampfe erstritten werden, so wird Sr. Majestät getreues Volk auch treu halten zu seinem König in diesem Kampfe für des deutschen Volkes Recht, seine Unabhängigkeit und seine Ehre.

Oldenburg, 5. März. Die „Weser-Ztg." theilt die Antwort Oldenburgs auf die Depesche vom 13. Febr. mit, in welcher Oesterreich von jedem Bundestags-Beschluß über das Londoner Protokoll abmahnte. Es wird in dieser Antwort hervorgehoben, daß Christian IX. seine Ansprüche ausdrücklich auf dies Protokoll stütze. Am Schluß heißt es:

Wie der Deutsche Bund sich auch entscheiden möge, er wird nicht zu befürchten haben, daß er seine Zuständigkeit überschreite, wenn er die Ausführbarkeit einer europäischen Transaktion über deutsche Bundesländer in erster Linie von seiner eigenen Zustimmung abhängig macht. Denn was in dieser Beziehung dem Bund verfassungsmäßig zusteht, bedarf gewiß keiner nähern Darlegung, und eine Berücksichtigung der Warnung, welche in der Depesche des k. k. Kabinets enthalten ist, die außerdeutschen Großmächte nicht herauszufordern, möchte wohl mit der Würde des Deutschen Bundes kaum vereinbar sein. Es scheint sogar, daß die bis jetzt noch nicht erfolgte Zustimmung des Deutschen Bundes zum Londoner Vertrag wesentlich der Grund sei, aus welchem derselbe von einer außerdeutschen Großmacht als unausführbar bereits erkannt und öffentlich bezeichnet worden ist. Und in der That würden die außerdeutschen Großmächte dem Bund die im europäischen Recht begründete Unabhängigkeit absprechen oder gewaltsam rauben müssen, falls sie von einem Bundesbeschluß, wie er durch das Ausschußgutachten vom 11. d. M. beantragt worden ist, Veranlassung nähmen, zu erklären, daß auch ohne Zustimmung des Bundes der Londoner Vertrag zur Ausführung kommen sollte. Am wenigsten aber ist es verständlich, daß einem solchen Bundesbeschluß nach der Ansicht, welche das k. k. Kabinet in jener Depesche ausspricht, keine andere Bedeutung würde beizulegen sein, als die einer Demonstration gegen die beiden deutschen Großmächte.

Die großh. Regierung an ihrem Theil ist sich bewußt, bei ihren Abstimmungen in der Bundesversammlung ausschließlich den Gesichtspunkten zu folgen, welche nach ihrem redlichen Dafürhalten durch die Rechte des Deutschen Bundes und die Interessen des gemeinsamen Vaterlandes vorgezeichnet sind, und hegt keinen angelegentlichern Wunsch, als daß unter den Gefahren der Gegenwart, welche nicht bloß die kleinern Bundesstaaten bedrohen, vor Allem die Eintracht mit den beiden deutschen Großmächten aufrecht erhalten werde.

Hamburg, 5. März. Die Komiteemitglieder des hiesigen Schl.-Holst.-Vereins (Prof. Aegidi, Dr. Eggers, Wex 2c.) sind wegen Werbung 2c. zu je 45 Mark Strafe verurtheilt worden.

Altona, 6. März. (Allg. Ztg.) Von den zur Verstärkung der preußischen Truppen in den Herzogthümern bestimmten 6000 Mann ist bereits ein Theil mit der Berliner Bahn in Hamburg angekommen. Der Rest und zwei Batterien schweres Geschütz treffen heute Vormittag ein. Es sind heute 3000 Mann gekommen. Die Weiterbeförderung nach dem Norden wird mittelst acht Sonderzügen auf der hiesigen Bahn stattfinden. — Zweiundzwanzig beurlaubte Holsteiner von der Kopenhagener Garde, die demnächst nach dem Kriegsschauplatz in Schleswig oder Jütland abgehen soll, trafen vorgestern über Lübeck hier ein. Im Ganzen sollen achtzig Mann entlassen sein, welche die rücksständige Löhnung von 21 Tagen, aber kein Reisegeld erhalten haben. Wegen Mangels an solchem haben daher die übrigen 58 vorläufig noch zurückbleiben müssen. — Hauptpastor Rehhoff aus Hamburg, von dem es hieß, daß er zum Bischof oder Generalsuperintendenten für Schleswig ersehen sei, hat sich zwar den Zivilkommissären in Flensburg vorgestellt, will indeß keine Anstellung in seiner alten Heimath annehmen, sondern hat nur seine Hilfeleistung bei Ab- und Anstellung geistlicher Beamten zugesagt, und will zu diesem Zweck einen längern Urlaub erwirken.

Flensburg, 5. März. (Köln. Ztg.) So eben geht hier die telegraphische Meldung ein, daß die Verbündeten auf der ganzen Linie nach Jütland eingerückt sind. Wir können dieser Nachricht die Mittheilung hinzufügen, daß an dem hiesigen Bahnhof 18 Stück schwerer gezogener Geschütze eingetroffen sind, welche heute noch nach den Düppeler Schanzen abgehen werden, und daß man mit Bestimmtheit darauf rechnet, am 8. d. M. eine hinreichende Zahl von Schanzkörben fertig zu haben, um am 9. die Belagerung der Düppeler Werke beginnen zu können. Jedenfalls hat die Zeit des Zauderns und Zögerns ihr Ende erreicht, und die nächsten Wochen werden Thaten bringen. Die Einnahme Düppels und Alsens ist keine kleine Aufgabe für die preußische Armee; und wie Niemand bezweifelt, daß die verschiedenen Waffengattungen sich mit Ruhm bedecken werden, so hofft auch Jeder, dem die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, daß das Blut, welches an der äußersten Grenzmark wahrscheinlich in Strömen fließen wird, bessere und nachhaltigere Früchte tragen möge, als das bisher für Deutschlands Recht und Ehre vergossene Blut leider getragen hat. Der Gesundheitszustand der Armee ist, trotz des abscheulichen Wetters, ein guter; die Truppen sind vom besten Geist beseelt und wünschen eine Entscheidung herbei; alle Vorbedingungen des Sieges sind in unsern Händen, hoffen wir daher, daß die politischen Konstellationen sich nicht plötzlich anders gestalten und den Dänen auf's neue Zeit geben, Minen anzulegen und ihre Schanzen noch mehr mit Selbstschüssen, Eggen, Sensen u. s. w. zu umgeben, als sie es bisher bereits gethan haben.

Aus sicherer Quelle können wir mittheilen, daß die Entlassung sämmtlicher Mitglieder des bisherigen Appellationsgerichts beschlossene Thatsache ist; ebenso wird in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheinen, durch welche vom 1. Apr. d. J. die verhaßte Reichsbankmünze aufgehoben und dagegen die widerrechtlich verdrängte Landesmünze wieder eingeführt wird. Täglich werden schreiende Mißbräuche abgestellt und unfähige Beamte entlassen; und wenn man mit unparteiischem Auge das bisher Geleistete mustert, so muß man gestehen, daß die Zivilverwaltung in der kurzen Zeit ihrer Thätigkeit Außerordentliches geleistet hat. Noch eine kurze Zeit, und der letzte dänische Beamte, das letzte landesfeindliche Institut wird aus unserer Mitte verschwunden sein. Wie weit die Naivetät der Prediger und Schullehrer und der zahllosen dänischen Beamten, die von einem Tage zum andern hoffen, daß ihre Erlöser wiederkehren und sie im Genusse ihrer fetten Pfründen beschützen werden, geht, bewies erst gestern wieder ein Pfarrer, der bisher den Dannebrog auf seinem Kirchthurm hatte wehen lassen und es durchaus nicht zugeben wollte, daß die schleswig-holsteinische Fahne das dänische Kreuz verdrängte. In seinem Eifer fuhr er nach Flensburg, um sich bei den Kommissären zu beschweren; statt aber Recht zu bekommen, erhielt er seinen Abschied.

◇ **Berlin,** 8. März. Hr. v. Bismarck konferirte gestern Vormittag mit dem neu ernannten Vertreter Preußens am Bunde, Geh. Rath v. Savigny. Wie neuerdings verlautet, wird der bisherige preußische Bundestags-Gesandte, Geh. Rath v. Sydow, nicht einen andern diplomatischen Posten übernehmen, sondern in den Ruhestand treten. Seit kurzem verbreitet sich das Gerücht von einer angeblich nahe bevorstehenden Personalveränderung auf dem diesseitigen Gesandtschaftsposten in Turin. Zugleich wird behauptet, der jetzige Inhaber dieses Postens, Geh. Rath v. Usedom, werde ebenfalls aus dem aktiven Staatsdienst ausscheiden. — Der Kammerherr Ihrer Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin, Graf Fürstenstein, ist gestern Abend nach London abgereist, um in Vertretung der kronprinzlichen Herrschaften am 10. d. M. der feierlichen Taufe des erstgebornen Sohnes des Prinzen von Wales beizuwohnen.

Von heute an beginnt im Bereich der 3. Artilleriebrigade die Beförderung schwerer Festungsartillerie nach dem Kriegsschauplatz bei Düppel. Heute früh gingen mit der Hamburger Eisenbahn 110 preußische Rekonvaleszenten von hier wieder zu ihren Truppentheilen nach Schleswig ab. Aus den schleswig'schen und holsteinischen Lazarethen kamen heute Nachmittag 72 verwundete k. österreichische Militärs über Hamburg in Berlin an. Von denselben wurden 30 vom Johanniterorden, die übrigen von hiesigen Einwohnern in Quartier und Pflege genommen. Morgen erfolgt ihre Weiterbeförderung über Dresden nach Prag. Zum Transport der Schwerverwundeten hat das hiesige Komitee zwei Bahnwagen besonders einrichten lassen. — Heute Morgen um 9 Uhr fand hier das feierliche Leichenbegängniß des vor Düppel an seinen Wunden verstorbenen Leutnants Vetter vom 53. Infanterieregiment statt. Bei der Trauerfeier im Hause der Eltern des Verstorbenen erschienen der Prinz Alexander, der Prinz August von Württemberg, der Kriegsminister, der Gouverneur der Hauptstadt, der Stadtkommandant und mehrere andere Generale, sowie der königl. Flügeladjutant Oberstleutnant v. Strubberg und viele andere Offiziere. Die Mannschaften zur Trauerparade nebst dem Musikkorps waren vom 2. Garderegiment zu Fuß gestellt. Außer zahlreichen Zivilisten folgten mehr als 200 Offiziere dem Sarge.

* **Wien,** 7. März. Aus London, 4. März, erhält die „Generalkorresp." folgende Mittheilung:

Der Spuk, welchen die gestrige „Morn.-Post" mit der heil. Allianz rediviva treibt, ist natürlich der Aufmerksamkeit unserer diplomatischen Kreise nicht entgangen. Man hat Erkundigungen eingezogen, und es stellt sich heraus, daß die Regierung der Sache ganz fremd, der betreffende Artikel auch nicht mit Lord Palmerston persönlich in Beziehung zu setzen ist. Dagegen erscheint es gar nicht unmöglich, daß die Anregung zu den phantastischen Sprüngen des Londoner Blattes von Paris aus gegeben wurde. Noch mehr Wahrscheinlichkeit als diese Konjektur hat aber eine Behauptung für sich, welche von gewissen, mit Personen und Zuständen hinreichend vertrauten Leuten in sehr zuversichtlicher Weise aufgestellt wird. Diese Behauptung geht dahin, daß die in der Presse höchst einflußreiche polnische Emigration es dem Interesse ihrer Sache angemessen findet, auf die Verkündigung des Belagerungszustandes in Galizien mit Heraufbeschwörung des Schreckgespenstes der heiligen Allianz zu antworten. Die Engländer verlangen drastische Effekte und diesem Bedürfniß des robusten brittischen Zeitungslesers entspricht der Artikel der „Morn.-Post"; zur Alarmirung der Franzosen genügte es, den Wink fallen zu lassen, die Verkündigung des Belagerungszustandes in Galizien beweise, daß Oesterreich in Bezug auf die polnische Frage nunmehr geistig auf die Seite Rußlands und Preußens getreten sei. Die polnische Emigration, durch jene Maßregel der österreichischen Regierung schwer getroffen, wirft dem Wiener Kabinet den Fehdehandschuh hin, und benützt, um sich zu rächen, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, namentlich ihre Beziehungen zu großen Blättern in Paris und London.

Schweiz.

Bern, 5. März. Gemäß einem Antrage der Berner Regierung hat der Bundesrath so eben den ehemaligen Bundesrath und Bundespräsidenten Jakob Stämpfli, derzeit Präsident der „Eidgenössischen Bank", in die Reihe der eidgenössischen Kriegsobersten aufgenommen. Bekanntlich hat das schweizerische Militärwesen dem Wirken des Hrn. Stämpfli als Chefs des eidgenössischen Militärdepartements den Aufschwung zu verdanken, welchen es in den letzten Jahren genommen hat.

Italien.

* **Marseille,** 8. März. Nachrichten aus Rom vom 8. melden, daß General Montebello am letzten Mittwoch einen Tagsbefehl erlassen hat, worin er die Kollisionen scharf tadelt, indem er die beiden Armeen daran erinnert, daß sie dieselbe Sache zu vertheidigen haben, und die Hoffnung ausspricht, daß dieser Wink genüge, den Unordnungen ein Ziel zu setzen. Es waren indessen am Vorabend der Abreise des Paketboots neue Konflikte vorgefallen, und es hatte von beiden Seiten Verwundete gegeben. Man versicherte, Msgr. v. Merode hätte Befehl ertheilt, daß die päpstlichen Dragoner und Jäger Rom verlassen. Der Papst, welcher unwohl war, hatte Sonntag nicht dem Gottesdienst beigewohnt; Sonntag war er bettlägerig, aber sein Unwohlsein hatte nichts Bedenkliches.

Frankreich.

♂ **Paris,** 8. März. Der „Constitutionnel" kehrt heute seine Spitze gegen die „Times" und „Morn. Post" wegen ihres Kampfes gegen die neue „heilige Allianz"; das französische Regierungsorgan seinerseits glaubt weder an diese Allianz, noch auch nur an eine einfache Tripelallianz der östlichen Mächte. Es sagt u. A.:

Die Koalition, welche in der Geschichte den Namen der heiligen Allianz trägt, kann nicht wieder auferstehen, und die englischen Blätter kämpfen deshalb mit aller Macht gegen ein Truggebild (fantôme). Die Annäherung zwischen den drei Mächten kann, wenn sie überhaupt stattgefunden hat, was wir eben so wenig wissen, wie die englischen Blätter, in keiner Weise den Charakter der heiligen Allianz an sich tragen. Es erscheint uns selbst schwierig zu sein, daß diese Annäherung, über die man so großen Lärm schlägt, so intim und so ernstlich gemeint sein sollte, wie man zu sagen beliebt. Denn man kann sich nicht wohl gemeinsame Verpflichtungen erklären, wenn die Interessen verschieden sind. Haben wir aber nicht kürzlich erst zur Genüge nachgewiesen, daß, wenn auch im Augenblick Preußen und Oesterreich eine gemeinsame Aktion verfolgen, dennoch zwischen beiden entgegengesetzte Bestrebungen und im Grunde genommen ein unvermeidlicher Antagonismus besteht? Eben so leicht läßt sich nachweisen, daß die Interessen Rußlands in der dänischen Frage in vollkommenem Gegensatz zu den Interessen Deutschlands stehen.

Bekanntlich trat Hr. Boitelle, dessen Wahl vom Gesetzgebenden Körper annulirt worden war, abermals als Kandidat zu Cambrai auf. Gestern fand die Neuwahl statt, und der Kandidat der Opposition, Hr. Stievenard, siegte mit ca. 2000 Stimmen über den Ex-Regierungskandidaten. — Im 5. Pariser Wahlbezirk sind zwei neue Kandidaturen aufgetaucht: Hr. Hugelmann, ehemal. Redakteur des „Journ. de Bordeaux", Verfasser einer Broschüre über den künftigen Kaiser von Mexiko, und ein Professor Nameus Hariot. — Die Vorlesungen zu Gunsten der Polen im Saale Barthelemy erfreuen sich eines Erfolgs, der unmöglich vorauszusehen war. In der letzten Konferenz feierte Hr. Jules Simon, welcher über „Arbeiterassoziationen" las, einen wahren Triumph. Morgen wird Hr. Lefèvre-Pontalis Episoden aus der niederländischen Geschichte des 17. Jahrhunderts vortragen und Hr. St. Marc Girardin über die Fabeln von La Fontaine sprechen. — — Die erste, 20,000 Exemplare starke Auflage der billigen Volksausgabe von Rénan's „Leben Jesu" war in zwei Tagen erschöpft; nächsten Freitag erscheint eine zweite Auflage. — Wie bereits bemerkt, hat der Kaiser das schiedsrichterliche Urtheil zwischen der egyptischen Regierung und der Lesseps'schen Gesellschaft angenommen. Zum Präsidenten der deßfalls eingesetzten Prüfungskommission wurde, wie heute der „Moniteur" meldet, Hr. Thouvenel ernannt. — Zu dem Gesetzentwurf wegen des Kontingents für 1864 brachten Henon, Picard, Lanjuinais, Glais-Bizoin, Ollivier, Darimon und Magnin ein Amendement ein, worin sie Verminderung des Kontingents von 100,000 auf 80,000 Mann beantragen.

Die Börse, ohne gut zu sein, war heute weniger flau; man will wissen, daß nächsten Donnerstag die französische Bank ihren Diskonto herabsetzen werde. Rente bleibt 66.30 nach 66.40. Mob. 1033.75 nach 1045. Ital. Anl. 67.10.

Dänemark.

Kopenhagen, 4. März. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende Nachrichten vom Kriegsschauplatz:

2. März, Vormittags: Das Oberkommando berichtet: Feindliche Patrouillen haben sich gestern früh vor dem linken Flügel der Vorpostenstellung vor Düppel gezeigt: Broacker, Smöl und Büffelkoppel sind von dem Feind besetzt. Gestern Nachmittag hat der Feind den rechten Flügel der Stellung mit Infanterie und Kavallerie angegriffen, ohne daß deßhalb unsere Feldwachen zurückgeworfen worden sind. Unser Verlust beträgt 2 Todte und 1 verwundeten Gemeinen. 2. März, Mittags: Das Oberkommando meldet 11 Uhr 45 Min. Vormittags, daß unsere und des Feindes Patrouillen auf Sundewitt einige Schüsse ausgetauscht haben. Die Büffelkoppel ist in der vergangenen Nacht vom Feind besetzt gewesen, was jedoch nicht von dem Dorf Stenderup und der dortigen Holzung gilt. 3. März, Vormittags: Gestern Mittag wurde eine Kompagnie des 3. Regiments, welche vorgeschoben worden war, ein Arbeitskommando zu decken, bei dem Rakebüller Gehölz von mehreren feindlichen Patrouillen angegriffen. Nach einstündigem Kampf zog sich der Feind zurück. Unser Verlust betrug 4 Verwundete; Kapitän Svane erhielt einen leichten Streifschuß in die Hand. 3. März, 1 Uhr: Das Oberkommando meldet von heute 11 Uhr 7 Min. Vormittags, daß Morgens 7 Uhr größere feindliche Patrouillen unsern linken Flügel und 3 Feldwachen des rechten Flügels angriffen. Der Feind hat sich später wieder zurückgezogen, jedoch haben sich seine Patrouillen hin und wieder noch vor der Vedettenkette gezeigt.

Generalmajor Vogt ist in der Eigenschaft eines Divisionsgenerals zum Nachfolger des Generals v. Gerlach, und Oberst v. Kauffmann (früher Stabschef des Generals de Meza) zum Brigadechef befördert worden. Der Orlogskapitän Muzoll ist zum kommandirenden Offizier in dem westlichen Theile der Ostsee, und der Leutnant Oldenburg zu dessen Adjutanten ernannt. Gleichzeitig erhielt der Kapitänleutnant Hammer (bis vor kurzem Lootseninspektor für das Herzogthum Schleswig) den Oberbefehl über die an der westschleswig'schen Küste postirten Kanonenboote. Die Schraubenfregatte „Tordenskjold" ist unter dem Befehl des Orlogskapitäns Meinertz nach Süden abgesegelt, die Schraubenkorvette „Dagmar" dagegen, aus südlicher Richtung kommend, auf der hiesigen Rhede vor Anker gegangen.

Kopenhagen, 4. März. (Nat.-Ztg.) Dem Vernehmen nach wird der Kronprinz in nächster Woche zum Heere in Jütland abgehen. Prinz Hans von Glücksburg, ein jüngerer Bruder des Königs Christian, ist in Begleitung des Legationssekretärs Güldencrone nach Lübeck gereist, um sich, wie es heißt, von da als Vertreter des Königs bei der Taufe des jungen Prinzen von Wales nach England zu begeben. Graf Henning Hamilton, der bisherige schwedische Gesandte, hat gestern dem König sein Abberufungsschreiben überreicht. Generalleutnant v. Lüttichau tritt von dem Posten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

als Kommandeur der Artillerie, den er bekleidete, ehe er nach der Räumung der Dannewerke provisorisch den Oberbefehl übernahm, zurück; sein Nachfolger wird Obrist Vahl. Heute sind 2 Kompagnien der Leibgarde zu Fuß zur Armee abgegangen.

Kopenhagen, 5. März. Der neue Obergeneral v. Gerlach hat folgende Proklamation an die Soldaten erlassen:

Soldaten! Se. Maj. der König hat mir Allerhöchst das Kommando über die aktive Armee anvertraut. Wir stehen mächtigen Feinden gegenüber; allein ich, der ich 50 Jahre mich unter Euch bewegt habe, weiß, was Ihr ausrichten könnt, weiß, daß Ihr unverzagt Euren Führern folgen werdet. Im Kriege 1848 bis 1850 ist niemals irgend ein Mann unter meinem Kommando seiner Fahne und seiner Pflicht untreu geworden. Ich darf als Euer alter General freudig für Euch einstehen. Ihr werdet als treue und tapfere dänische Männer Euch des Vertrauens würdig zeigen, welches der König und die Nation in Euch setzen. Es soll meine Aufgabe sein, nach besten Kräften für Euer Wohl zu sorgen. Dafür verlange ich Euer ungeheucheltes Vertrauen. Unverzagt wollen wir der Gefahr entgegengehen, mit Gott für König und Vaterland!

Rußland und Polen.

St. Petersburg. Zu der Konferenzangelegenheit wird der österreichischen „Generalkorrespondenz", wie sie beifügt, „von unterrichteter Seite" geschrieben:

Sehr ungern sieht man in den hiesigen maßgebenden Kreisen die Eventualitäten des Zustandekommens einer Konferenz abnehmen. Das Kabinet von St. Petersburg hatte den Gegenstand mit großem Eifer und, ich darf hinzusetzen, mit dem redlichsten Willen in's Auge gefaßt. Zunächst von dem Wunsch einer möglichst schnellen Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen den kämpfenden Parteien beseelt, würde es einer Konferenz am liebsten den Abschluß eines Waffenstillstandes vorausgehen gesehen haben. Da dieser Wunsch aber nicht die erforderlichen Chancen der Erfüllung für sich hatte, so würde man auf russischer Seite die Konferenz nöthigen Falls auch ohne vorausgehenden Waffenstillstand befürwortet haben, in der Voraussetzung, daß letzterer dann möglicher Weise von selbst aus den Verhandlungen resultiren werde. Sowohl in London wie in Kopenhagen hat unser Kabinet es in dieser Beziehung an lebhafter Anregung nicht fehlen lassen und bei dieser entscheidenden Verwendung im Interesse einer Konferenz bedurfte es wohl kaum erst einer besondern Beitrittserklärung Rußlands, die eben aus diesem Grund vielleicht bisher nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde. Für einen Augenblick sollen die derartigen Bemühungen Rußlands in Kopenhagen beinahe einigen Erfolg versprochen haben, bald darauf aber entgegengesetzte Anzeichen eingetreten sein, durch welche die anfänglichen Hoffnungen schwanden.

Dem „Nord" wird aus **St. Petersburg,** 3. März, geschrieben, in den drei Jahren, seit die russische Bauernemanzipation verkündet worden, seien bereits 4 Millionen Leibeigene freie Eigenthümer geworden, 5 Millionen hätten es noch vorgezogen, Pächter zu bleiben und den gesetzlich festgestellten Obrok (Geldzins) an die Grundherren zu zahlen, und nur eine Million sei noch robotpflichtig, d. h. leiste die Entschädigung den Grundherren durch Tagelöhnern; ein Proletariat existire nicht mehr auf dem Lande.

St. Petersburg, 4. März. (Nat.-Ztg.) Erst im Lauf des gestrigen Nachmittags erfuhr man hier den schon Dienstag Abend erfolgten Tod des Grafen Bludow, Präsidenten des Reichsraths und des Ministerraths, wohl der älteste Staatsmann Rußlands und jedenfalls sein höchstgestellter. Der Verstorbene war über 80 Jahre alt und präsidirte noch bis in die letzten Tage den zwei wichtigen Körperschaften, deren Vorsitz er kumulirt, seit Großfürst Konstantin im Ausland weilt.

Helsingfors, 25. Febr. Der finnische Landtag hat die Abschaffung der Todesstrafe angenommen. Bei Ritterschaft und Adel wurde dieser Beschluß gestern mit 43 gegen 20 und vom Priesterstand ebenfalls gestern mit 22 gegen 7 Stimmen gefaßt. — Im Bürgerstand, in welchem die Frage ein paar Tage später vorlag, wurde der Beschluß einstimmig gefaßt.

Großbritannien.

* **London,** 7. März. Wie zu erwarten, macht die Nachricht, daß Oesterreich und Preußen darin einig sind, den Krieg oder die Pfandnahme auf Jütland auszudehnen, hier keinen angenehmen Eindruck. Die Lage wird, den englischen Blättern zufolge, jeden Augenblick bedenklicher.

Die Frage — sagt die „Times" —, ob der Feldzug auf die als Pfand verlangte Provinz beschränkt bleiben soll, ist jetzt mit Nein beantwortet ... So wie Schleswig als Garantie für die Erfüllung von Verbindlichkeiten besetzt wurde, wird Jütland als Garantie für die Räumung Schleswigs besetzt werden ... Anderseits zeigen die Dänen nicht weniger Hartnäckigkeit. Wir glauben, daß Jemand, der in Kopenhagen jetzt zur Ergebung rathen wollte, sich in keine kleine Gefahr begeben würde. Selten hat ein Volk so entschlossen in einem Krieg beharrt, von welchem doch nur wenig Erfolg zu hoffen ist ... Der Kampf ist nicht ganz so ungleich als er scheint ... So lange Dänemark auf dem bestrittenen Boden Schleswigs durch Düppel und Alsen einen festen Fuß behält, und daheim unangreifbar bleibt, kann es mit seinen mächtigen Gegnern beinahe als Ebenbürtiger unterhandeln ... In Bezug auf die polnische Frage hat zwischen der österreichischen und russischen Regierung jedenfalls eine Aussöhnung stattgefunden ... Die Entschuldigung für die Invasion Jütlands lautet dahin, daß dadurch dem Einmarsch der Bundestruppen vorgebeugt werde [?], die danach brennen, den Armeen der Alliirten zu folgen, und die den Rechtstitel des Königs von Dänemark nirgendswo respektiren würden, während Oesterreich und Preußen sich immer noch an den Vertrag von 1852 gebunden erklären. Nehmen wir dies Argument für so viel als es werth ist, und es ist sonder Zweifel eben so gut wie dasjenige, wodurch die drei Mächte der heil. Allianz bemüht sein werden, zu zeigen, daß ihre Einigung, um die „Ordnung" in Polen aufrecht zu erhalten, eine Wohlthat für ihre Nachbarn und vollkommen im Geist der Verträge von 1815 sei.

„Morn. Post" bearbeitet dasselbe Thema, aber in mehr kriegerischem Tone:

Man sagt uns jetzt, daß die deutschen Mächte nicht nur bereit seien, eine Konferenz zu beschicken, sondern daß sie wirklich einen Waffenstillstand wünschen, unter der Bedingung, daß die Deutschen Jütland, die Dänen aber Alsen räumen und außerdem alle genommenen Schiffe herausgeben, auch keine weitern Prisen machen. Die Frage ist nun, sollen wir die Augen aufmachen und uns in aller Geduld eine noch größere Portion Sand hineinstreuen lassen? Der Reihe nach treiben Preußen, Oesterreicher und Russen ihr Spiel mit uns, während sie stetig einen gemeinsamen Zweck verfolgen. Läßt sich annehmen, daß Oesterreich, mit Italien im Rücken, seine gegenwärtige Politik befolgen würde, wenn es nicht reichliche Unterstützungszusagen erhalten hätte? Wie Rußland in seiner polnischen Politik vom Berliner Kabinet unterstützt worden ist, wissen wir Alle, und welche Hilfe ihm die österreichischen Staatsmänner versprechen, beweist der Belagerungszustand in Galizien zur Genüge. Wir sehen es daher als erwiesen an, daß eine durch Vertrag, aber gewiß de facto abgeschlossene enge Allianz zwischen den drei Mächten besteht, die sich gegen Das, was sie die „Revolution", wir aber die Sache der „konstitutionellen Freiheit" nennen, verbündet haben ... Wir treiben ganz sicherlich in den Krieg hinein, denn das englische Volk wird sich aufraffen und für Das, was am Ende seine wahren Interessen ausmacht, das Schwert ziehen. Wir können nicht passiv bleiben und zusehen, was wir in wenigen Wochen sehen werden, wie der Kampf gegen den Despotismus ganz Europa erschüttert. Es wäre wohlfeiler gewesen, die Polen früher aufzumuntern — es wäre ökonomischer gewesen, keck und entschieden Partei für Dänemark zu nehmen, denn in beiden Fällen würden wir die gegenwärtigen Verwicklungen abgewandt haben. Aber ... es wird kommen wie vor 10 Jahren. Die Dänen thun besser, ihr bestes Blut zu verspritzen und auf dem Schlachtfeld unterzugehen, als ihre Rechte durch eine Diplomatenkonferenz wegwischen zu lassen. Sie können sicher sein, daß sie durch kühnes Streiten unsere besten Gefühle und bald auch unsere beste Unterstützung gewinnen werden u. s. w.

Der „Herald" findet, daß die Deutschen das ganze englische Volk verrätherischer Weise hinter's Licht geführt haben; denn nach den Erklärungen, die Lord Palmerston aus Berlin und Wien erhielt und dem Parlament hinterbracht hat, würde es Niemand für möglich gehalten haben, daß eine österreichische Heersäule gegen Fridericia ziehen werde. Die Einnahme von Fridericia aber wäre ein härterer Schlag als die von Düppel, und würde selbst Fünen und Seeland in Gefahr setzen.

In demselben Blatt, dem „Herald", figurirt ein Aufruf zur Bildung eines Hilfskorps für Dänemark von einem Hrn. v. Rohan, der sich „Commodore der Flotte in der zweiten Expedition nach Sizilien" betitelt. Die Eintretenden sollen ihre Ausrüstung selbst besorgen und ihre Reisekosten nach Dänemark aus eigener Tasche bestreiten, außerdem auf Löhnung verzichten und auf strengste Bestrafung für Desertion oder Plünderung gefaßt sein. Nur den nothwendigen Lebensunterhalt verspricht ihnen der Hr. Commodore. Wir sind neugierig, wie viele Ritter sich melden werden.

Amerika.

* **Neu-York,** 24. Febr. (Per „China".) Aus südstaatlichen amtlichen Depeschen erhellt, daß der Bundesgeneral Sherman seinen Anmarsch gegen Mobile mit Erfolg fortsetzt. Nachdem er, wie allerdings nur gerüchtweise verlautet, den Konföderirtengeneral Polk bei Brandon geschlagen und 12,000 (?) Gefangene gemacht, hat er am 14. die Konföderirten zur Räumung Meridians gezwungen und vormarschirend die Stadt Quitman, etwa 80 engl. Meilen nordnordwestlich von Mobile, mit 30,000 Mann besetzt. Auf seinem Wege soll er alle Eisenbahnen und Brücken zerstört haben. Dagegen behauptet der „Richmond Examin.", die „Demonstration" der Bundestruppen in Quitman sei ohne Bedeutung, indem ihrer nicht mehr als 1000 Mann gewesen seien, die wahrscheinlich nur die Eisenbahn-Verbindung hätten unterbrechen wollen. Mit Sherman kooperirend war Admiral Farragut's Flotte von Neu-Orleans gegen Mobile abgegangen, ist aber, wie das südstaatliche Kriegsministerium anzeigt, bei Grand Paß, 35 Meilen von Mobile, mit großem Verluste zurückgeschlagen worden. Laut Depeschen vom 19. hatte Farragut den Angriff auf Grand Paß der ungünstigen Witterung wegen noch nicht erneuert. Der Gouverneur von Alabama hat in Erwartung des feindlichen Anmarsches allen Nichtkombattanten befohlen, Mobile zu verlassen. — Des Finanzministers Chase Freunde, an der Spitze Senator Pomeroy aus Kansas, haben ein Zirkular erlassen, worin sie Lincoln als unfähig und seiner Stellung nicht gewachsen bezeichnen und Chase als den Nachfolger in der Präsidentschaft empfehlen. Es geht zugleich ein Gerücht, Chase werde aus dem Kabinet zurücktreten und durch Robert J. Walker ersetzt werden.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 9. März. 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 12. März, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Hofraths Dr. Schmidt über die Gesetzentwürfe, die Rechtsverhältnisse der Richter und deren Besoldung betreffend. 3) Berathung des Berichts des Ministerialraths Dr. Jolly über das Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung. 4) Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1860 und 1861: a) des großh. Justizministeriums, erstattet von dem Obergerichtsadvokaten Dr. Bertheau; b) des großh. Ministeriums des Innern, erstattet von Fr. Jos. Faller.

Baden.

Freiburg, 8. März. (Oberrh. Kur.) Heute früh 8 Uhr wurden die Sitzungen des Schwurgerichts für das I. Quartal d. J. eröffnet. Dem Namensaufruf antworteten sämmtliche Haupt- und Ersatzgeschworne. In geheimer Sitzung begann hierauf die Verhandlung der Anklage gegen Maria Anna Kramer von Wehr, wegen Kindsmords. Dienstag 15. und Mittwoch 16. d. M. wird die Anklage gegen August Schenzinger von Schwendi (Königreich Württemberg) wegen Tödtung verhandelt werden.

Vermischte Nachrichten.

— Nürnberg, 7. März. Hier starb dieser Tage Notar Dr. Krafft, in früheren Jahren Führer der hiesigen liberalen Partei. 1848 Mitglied des deutschen Parlaments (erbkaiserliche Partei), wurde er in die Deputation gewählt, die dem König von Preußen die Nachricht seiner Wahl überbrachte.

— Benrath, 7. März. (Elb. Ztg.) Die Erbprinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen ist heute Morgen von einem Prinzen glücklich entbunden worden.

— Leipzig, 4. März. (Volksztg.) Die Direktion des Theaters ist an den Hofschauspieler Hrn. Dr. Grunert in Stuttgart vergeben; es hatten sich viele Direktoren darum beworben.

— Zu Celle in Hannover sind 7 Personen an den Trichinen mehr oder weniger schwer erkrankt.

— Rendsburg, 5. März. Man schreibt den „Alton. Nachr.": „Die Untersuchung gegen Blaunfeldt sen. scheint unerwartet für denselben eine sehr schlimme Wendung nehmen zu wollen, nachdem in den jüngsten Tagen mehrere seiner Affiliirten festgenommen worden sind, wovon der Eine bereits ein umfassendes, den ehemaligen Hardesvogt stark gravirendes Geständniß abgelegt hat. In der Person eines gewissen Johann Jevens wurde nämlich heute Mittag durch den Polizeioffizianten Ackermann ein Individuum hier eingebracht, dessen Aussagen den Blaunfeldt auf das schwerste kompromittiren. Jevens, aus Hademarschen gebürtig, also ein Holsteiner, ist unlängst in Hanerau, woselbst er sich für einen Roßkämmer aus Mecklenburg ausgab und sehr nobel auftrat, als der Spionage verdächtig, verhaftet worden. Anfänglich Alles läugnend — obgleich man falsche Pässe bei ihm vorgefunden hatte, nebst 127 Thlrn. baares Geld, über dessen rechtlichen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte — gestand er zuletzt ein, der dänischen Sache, in Verbindung mit Blaunfeldt, als Spion faktisch gedient zu haben. Er war seiner Aussage nach bis vor kurzem Polizeiangestellter in Kopenhagen, wurde vor einigen Monaten von dort nach Fleckeby versetzt und daselbst von Blaunfeldt und Konsorten für den Spionendienst geworben und ausgebildet. Als sein Chef in Gefangenschaft gerieth, floh Jevens, unterhielt aber über Hamburg und Lübeck fortwährend briefliche Verbindungen mit dem Flensburger Postamte, bis auch ihn sein Loos ereilte. Auf seine Aussage hin vigilirt die Behörde im Holsteinischen noch auf 5 Spione, worunter ein Jude. Diese, sowie Blaunfeldt jun. gehören zu einer weit verzweigten Bande.

Nachschrift.

Telegramme.

Altona, 9. März. (Sch. M.) Das Verordnungsblatt für Schleswig enthält eine Bekanntmachung, wonach vom 1. April an die dänische Reichsmünze und Kopenhagener Bankzettel von den öffentlichen Kassen nicht mehr anzunehmen sind, dagegen schleswig-holsteinisches Courant, harte Thaler im Fuß von 14 und von 30 gesetzliches Zahlungsmittel bilden.

Haag, 8. März. (Sch. M.) Cremen ist (an die Stelle des vor einiger Zeit zurückgetretenen van der Maesen de Sombreff) zum Minister des Auswärtigen ernannt.

• **London,** 9. März. (Sch. M.) Im Hause der Lords beantragte gestern Graf Derby die Vorlage weiterer Korrespondenzstücke, zumal die Kriegsereignisse durch den Einmarsch in Jütland einen veränderten Charakter angenommen. Graf Russell: Die Vorlage weiterer Akten sei wegen der noch schwebenden Unterhandlungen unstatthaft; die dänische Antwort (wegen des Konferenzvorschlags) werde Ende dieser Woche erwartet; nehme Dänemark an, so würden neue Verhandlungen eröffnet, im andern Falle würden die Feindseligkeiten auf dem Kriegsfuß fortgesetzt. Auf eine Anfrage Ellenborough's antwortete Russell: Als Grundlage der Konferenz könne er einstweilen nur die Integrität der dänischen Monarchie angeben, denn Oesterreich und Preußen erklären fortwährend, sie achten die Integrität Dänemarks. (D. h. seit der bekannten Depesche vom 31. Jan. liegt keine weitere offizielle Aeußerung hierüber vor.) Graf Shaftesbury wünscht Beobachtung der österreichischen Kriegsschiffe in der Ostsee. Graf Russell: Die österreichischen Schiffe waren angeblich zum Schutz der Kauffahrer, jetzt zur Hinderung der Blokirung der Elbe bestimmt. — Graf Grey findet die vorgelegten Blaubücher erniedrigend für England. Graf Russell: Die Regierung werde die Ehre und Interessen Großbritanniens vertheidigen. Sie habe vollkommene Freiheit, allein oder mit andern Regierungen vorzugehen; aber sie werde nicht in einen Krieg eintreten, wenn die Sicherheit, Unabhängigkeit und Integrität Dänemarks noch durch andere Mittel gesichert werden könnten. Uebrigens sei die Kanalflotte nach England zurückberufen worden, um jeden Augenblick — wofern es nöthig — zum Schutz Dänemarks abgeschickt werden zu können. Die österreichischen und preußischen Schiffe würden ihr wohl schwerlich entgegentreten.

Im Unterhaus wünschte Hunt Aufklärung über die Aeußerung des Fürsten Gortschakoff: Oesterreich, Preußen, England und Rußland seien über eine noch wichtigere Frage, als Schleswig-Holstein, vollständig einig. Lord Palmerston erwiederte, er glaube, diese Erklärung beziehe sich auf den allgemeinen Kongreß; doch könne er es nicht versichern. Hunt sagte darauf, dies lasse vermuthen, daß eine Kombination dieser Mächte gegen Frankreich existire. Lord Palmerston versprach die Vorlage weiterer Korrespondenzstücke, wenn die Verhandlungen über die Konferenz beendigt seien.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 4,30'''	+ 8,0	S.W.	ganz bew.	trüb, dunstig, Rgn.
Mittags 2 „	„ 4,47'''	+11,0	„	stark „	Sonnbl., windig
Nachts 9 „	„ 4,30'''	+ 9,5	„	„ „	trüb, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 10. März. 1. Quartal. 36. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Der Richter von Zalamea;** Schauspiel in 5 Akten, von Calderon; übersetzt von Dr. Gries; für die Bühne eingerichtet, mit Benützung der Immermann'schen Bearbeitung, von Ed. Devrient.

Freitag 11. März. 2. Quartal. 37. Abonnementsvorstellung. **La Réole;** Oper in 3 Akten, von G. Schmidt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.f.550. Baden-Baden. Freunden und Bekannten widmen wir die traurige Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigst geliebten Gatten, Vater und Bruder, Seine Durchlaucht den Prinzen u. Altgrafen Karl zu Salm-Reifferscheidt-Krautheim, am 7. d. Mts., früh 2¼ Uhr, nach kurzem Krankenlager in ein besseres Jenseits abzurufen. Um stille Theilnahme bitten,

Baden-Baden, den 8. März 1864,

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Z.f.560. **Neueste Kriegskarten,**

vorräthig in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe:**

Gräf, Spezialkarte von Kolding — Veile — Fridericia. Maßstab 1 : 100,000. 36 kr.
Wörl, Spezialkarte von Apenrade — Viborg. Maßstab 1 : 500,000. 36 kr.
Sohr-Berghaus, Karte von Jütland mit Spezialkarte der Umgegend von Kolding und Fridericia. Maßstab 1 : 480,000. 36 kr.
Petermann, Spezialkarte von Nord-Schleswig, mit Plan von Fridericia und den Düppeler Schanzen im Maßstab 1 : 75,000. 36 kr.
Reymann, Spezialkarte von Schleswig bis Christiansfeld. Maßstab 1 : 200,000, in 2 Blatt à 36 kr.
Gräf, Karte der Düppeler Schanzen. Maßstab 1 : 100,000. 18 kr.
Handtke, Spezialkarte der Düppeler Schanzen. Maßstab 1 : 33,000. 36 kr.
Handtke, Karte von Schleswig-Holstein 2c. Maßstab 1 : 600,000. 1 fl. 12 kr.
Flemming's Karte von Schleswig-Holstein. 30 kr.

Z.f.530. In unserem Verlage erscheint und ist durch jede Buchhandlung und Postanstalt zu beziehen, in ***Karlsruhe*** namentlich durch die ***G. Braun'sche Hofbuchhandlung***:

Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus,
redigirt von dessen Direktor Dr. Engel.
(Auflage 4000.)

Diese Zeitschrift beginnt im Jahre 1864 ihren IV. Jahrgang und bildet auch ferner einen integrirenden Theil des königl. preussischen Staatsanzeigers, dessen Abonnenten sie als Monatsbeilage emfangen. Separat vom Staatsanzeiger bezogen kostet sie vom Jahre 1864 ab 3 fl. 36 kr. pro Jahrgang von zwölf Nummern, in zusammen 40 Bogen Royal-Quart. Die Reichhaltigkeit und Gediegenheit ihres nur aus Originalartikeln bestehenden Inhalts findet fortwährend die rühmlichste Anerkennung der Presse aller Länder. — Von dieser Zeitschrift sind Jahrgang II. und III., jeder zum früheren Preise von 2 fl. 54 kr., unter anderen noch zu haben; Jahrgang I. hingegen ist gänzlich vergriffen. Vorbereitete grössere Aufsätze des IV. Jahrgangs sind:

Die Beschlüsse des internationalen statistischen Congresses im Jahre 1863 (erschienen). — Die Dismembrationen und Consolidationen des ländlichen Grundeigenthums im preussischen Staate seit 1816. — Der Zustand der preussischen Landwirthschaft im Jahre 1862—63 nach den Berichten der landwirthschaftlichen Provinzialvereine. — Zwölf Jahre deutsches Eisenbahnleben, oder Antwort auf die Fragen: Wo ist das Geld zu den deutschen Eisenbahnen hergekommen, und wo ist es hingekommen? — Die Eisenbahnen in Ostindien, zur Darlegung der Einwirkungen eines der modernsten Kulturmittel auf die älteste Kultur der Erde. — Die Lage der arbeitenden Klassen in den einzelnen Kreisen des preussischen Staats, nach den von den königl. Landräthen gelieferten Kreisbeschreibungen. — Die Frequenz der Strafanstalten im preussischen Staate in den Jahren 1860 bis 1863. — Gesundheit und Sterblichkeit der Militärbevölkerung in den Jahren von 1846 bis mit 1862. — Geschichte und Statistik des Dissidententhums im preussischen Staate. — Rekrutirungsresultate in der Zeit von 1831 bis 1862 (erscheint in Nr. 3). Resultate der Mahl- und Schlachtsteuer seit 1838. — Statistik der Urwahlen für das preussische Abgeordnetenhaus in den Jahren 1862 und 1863. — Der Haushalt der Gemeinden nach den von den königl. Landräthen gelieferten Kreisbeschreibungen. — Uebersicht über die statistische und staatswirthschaftliche Literatur des Jahres 1863. etc. etc.

Königliche Geheime Oberhofbuchdruckerei (R. v. Decker) in Berlin.

Neues Confirmanden-Geschenk.

Z.f.537. So eben ist erschienen und zu haben in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe,** sowie in allen Buchhandlungen Badens:

Der Himmelsweg.

Mitgabe für christliche Jünglinge und Jungfrauen bei ihrer Confirmation.

Von

Dr. Aug. Wildenhahn,
Königl. Sächs. Kirchen- und Regierungsrath.

Zweite, gänzlich umgearbeitete Auflage.
Mit 3 Stahlstichen.
In engl. Einband mit Goldsch. Preis 2 fl. 6 kr.

Annaberg, im Februar 1864.

Rudolph & Dieterici.

Z.f.520. Bei **J. Velten,** Hofkunsthandlung in **Karlsruhe,** sind so eben eingetroffen:

Albums zu Kaulbach's Göthe-Gallerie in Visitenkartenformat.
Preis 4 fl. 48 kr.

Z.d.331. Heidelberg und Karlsruhe.

Concert- u. Cabinet-Flügel, Pianino's, Tafelpian'os, Harmoniums in reicher Auswahl.

Pianoforte- und Harmonium-Lager

von Georg Trau Wwe.

Heidelberg Westl. Hauptstraße 108. **Karlsruhe** Zähringerstraße 100.

Z.f.547. Karlsruhe.

Jura-Eisenbahn Frs. 20 Loose

werden mit Frs. 10 per Stück eingelöst, wovon wir die Besitzer unserer Quittungen benachrichtigen.

Karlsruhe, den 9. März 1864.

G. Müller & Conf.

Z.a.699. Paris.

Eau de la Floride.

L'Eau de la Floride rend à chacun la couleur primitive de sa chevelure, elle détruit les pellicules, épaisit les cheveux, et les empêche de tomber et de blanchir, prix du Flacon 10 Fr.

Huile de la Floride.

Composée de Substances végétales exotiques, elle contribue précieusement avec **l'Eau de la Floride** à la force, à la beauté et à la conservation de la chevelure. Prix du Flacon: 5 Fr.

Chez Mrs. Guislain et Cie. 112 rue de Richelieu Paris.

Z.f.497. Une jeune dame (Ehefrau) de la suisse frse. connaissant parfaitement sa langue et les branches qui en dépendent, désire se placer pour Pâques dans un Institut.

Elle a deja enseigné en Allemagne et peut produire des certificats. S'adresser à l'Epédition No. 150.

Stellegesuch.

Z.f.542. Ein junges Frauenzimmer, mit sehr guten Zeugnissen, welches **französisch** spricht, **Kleidermachen** und **Weißnähen,** auch **Frisiren** kann, sucht eine Stelle, am liebsten in einem **Ladengeschäft.**

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Lehrlingsstelle-Gesuch.

Z.f.551. Für einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann wird in einem größeren Manufakturwaaren-Geschäft in Bälde eine Stelle gesucht.

Näheres besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.f.514. Eisenbahnstation Heidelsheim.

Alle Arten

Klee- und Grassamen

billigst bei

J. F. Schäfer.

Z.f.554. Wittenberge a. Elbe.

Für Bau-Unternehmer.

Asphalt-Dachpappe und **Dachfilz** für Dachbedeckungen u. s. w.
Asphalt-Papier für feuchte Wände u. s. w.
Asphalt-Platten zu Isolirungen u. s. w.

Asphalt-Röhren,

Ersatz für eiserne zu Gas- und Wasserleitungen, Jauche- und Wasserpumpen u. s. w., werden auf Bestellung in den verschiedensten Dimensionen und in solcher Wandstärke angefertigt, daß sie einen Druck von mehr als 15 Atmosphären aushalten.

Asphalt

zur Herstellung wasserdichter Fußböden in Kellern, Stallungen, Fabrikräumen 2c. 2c., zu Trottoirs, Perrons, **Reservoirs** u. s. w.

Preisverzeichnisse und Gebrauchs-Anleitungen gratis.

Fabrik von **L. Gänicke** in **Wittenberge a. Elbe.**

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS

Keine grauen Haare mehr!

Melanogène

von **Dicquemare aîné** in **Rouen**
Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 30.

Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nüancen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Farbemittel ist das Beste aller bisher da gewesenen.

MELANOGÈNE par DICQUEMARE

Gen.-Depot bei Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferanten in Karlsruhe. Z.f.399.

Z.f.524. Karlsruhe.

PIANINO, ein neues, von massivem Acajou mit 82 Noten, sehr solid gearbeitet (Garantie), ist zu verkaufen. Preis netto 260 fl. Dieses Instrument kann man hören den 9. und 10. März, von 9 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, im **Gasthaus zur Stadt Pforzheim.**

Z.g.20. Nr. 3920. Karlsruhe. (Schuldenliquidation.) Ueber den Nachlaß der geschiedenen Ehefrau des † Notars Brandstetter, Amalie, geborne v. Hammerer, ist Gant erkannt, und Tagfahrt zum Richtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf

Mittwoch den 16. März 1864,
Nachmittags 3 Uhr,

anberaumt worden.

Es werden daher alle Diejenigen, welche Ansprüche an die Masse machen wollen, aufgefordert, solche in der angeordneten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen, die der Anmeldende geltend machen will, und über die Klagthatsachen Beweis anzutreten.

In derselben Tagfahrt wird auch der Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, auch ein Borg- und Nachlaßvergleich versucht, und es werden in diesen Beziehungen die Nichterscheinenden als der Mehrzahl der Erschienenen beitretend angesehen.

Die Ausländer haben spätestens bis dahin durch öffentliche Urkunde einen hiesigen Einwohner als Einhändigungsgewalthaber aufzustellen, indem sonst alle künftigen Verfügungen mit voller Rechtswirkung nur an die Gerichtstafel angeschlagen würden.

Karlsruhe, den 2. März 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
A. Wagner.

Z.e.972. Nr. 4978. Waldshut. (Verschollenheitserklärung.) Nachdem Paul Boll von Thiengen der diesseitigen Aufforderung vom 6. Februar v. J., Nr. 3080, bisher keine Folge geleistet hat, so wird derselbe hiermit für verschollen erklärt und dessen Vermögen den nächsten erbberechtigten Verwandten gegen Kaution in fürsorglichen Besitz gegeben.

Waldshut, den 2. März 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Engelhorn.

Z.g.12. Nr. 4605. Mosbach. (Aufforderung.) Die Wittwe des † Georg Adam Kaiser von Reichenbuch, Anna Katharine, geb. Winter, bittet um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes. Diesem Gesuche wird stattgegeben, wenn

innerhalb 6 Wochen

keine Einsprache erfolgt.

Mosbach, den 3. März 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Hirschhorn.

Z.f.546. Nr. 3790. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Johann Stiefel von Thiengen, welcher im Jahr 1848 nach Amerika gereist ist, hat nachträglich um Auswanderungserlaubniß nachgesucht. Es wird sofort Liquidationstagfahrt auf

Freitag den 18. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,

anberaumt, und werden etwaige Forderungsberechtigte aufgefordert, ihre Ansprüche gegen Johann Stiefel in derselben geltend zu machen.

Freiburg, den 7. März 1864.

Großh. bad. Landamt.
Hippmann.

Z.g.24. Nr. 3820. Bruchsal. (Aufforderung und Fahndung.) Gegen den flüchtigen Heinrich Hofmann von Forst liegen, außer den ihm bereits eröffneten Anzeigen, die weitern der Fälschung und eines Betrugs im Betrage von 7 fl., z. N. des Schuhmachermeisters August Wilhelm von Bruchsal, und eines Betrugs im Betrage von 7 fl., z. N. des Balthasar Rebstock von Büchenau, vor. Heinrich Hofmann wird aufgefordert, sich

binnen 3 Wochen

dahier zu stellen und wegen dieser Vergehen zu verantworten, indem andernfalls nach Lage der Akten das Urtheil gefällt werden wird.

Zugleich ersucht man die betr. Behörden, auf Hofmann fahnden und ihn im Falle des Betretens anher abliefern zu lassen.

Signalement: Größe, 5' 5"; Alter, 30 Jahre; Statur, mittel; Gesichtsform, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, schwarzbraun; Stirne, nieder; Augenbrauen, schwarzbraun; Mund, mittel; Nase, proportionirt; Zähne, gut; Kinn, rund.

Bruchsal, den 8. März 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Schütt.

vdt. Raab.

Z.g.11. Nr. 4338. Karlsruhe. (Diebstahl und Fahndung.) Aus einem hier übernachtenden Güterzuge wurde vom 5. auf den 6. d. M. eine Kiste, welche man am andern Tage leer fand, aufgebrochen und hieraus nachstehende Gegenstände entwendet:

10 leinene Hemden, gezeichnet mit J. H.,
6 baumwollene dto.,
5 Paar wollene Strümpfe,
1 „ „ Socken,
3 „ baumwollene Strümpfe,
4 leinene Sacktücher,
8 baumwollene dto.,
3 Paar baumwollene Unterhosen,
1 „ gestrickte dto.,
25 fl. 9 kr. baar Geld,
eine Rechnung von J. C. Armbrusster in Lahr,
ein Brief aus Amerika mit 2 Photographien von L. Helbing.

Wir bitten um Fahndung.

Karlsruhe, den 7. März 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
Blittersdorff.
Frantzmann.

Z.g.8. Nr. 2222. Durlach. (Aufforderung und Fahndung.) Der Soldat vom 5. Infanterieregiment, Heinrich Kröner, welcher sich am 22. d. M. ohne Erlaubniß aus der Garnison entfernt hat, wird aufgefordert, sich binnen sechs Wochen dahier oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, widrigenfalls er als Deserteur seines Staatsbürgerrechts verlustig erklärt und in die gesetzliche Vermögensstrafe von 1200 fl. verfällt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt. Signalement: Alter, 23 Jahre; Größe, 5' 5" 3'''; Statur, besetzt; Gesichtsform, rund; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, braun; Stirne, nieder; Augenbrauen, braun; Augen, braun; Nase, mittel; Mund, gewöhnlich; Kinn, rund; Zähne, gut. Durlach, den 27. Februar 1864. Großh. bad. Oberamt.
Spangenberg.

Z.g.5. Nr. 2190. Durlach. (Aufforderung und Fahndung.) Der Soldat beim großh. 5. Infanterieregiment, Jakob Wilhelm Burst von Grötzingen, welcher sich am 22. d. M. ohne Erlaubniß aus der Garnison entfernt hat, wird aufgefordert, sich binnen sechs Wochen dahier oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, widrigenfalls er als Deserteur des Staatsbürgerrechts verlustig erklärt und in eine Geldstrafe von 1200 fl. verfällt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt und um Fahndung gebeten. Signalement: Alter, 23 Jahre; Größe, 5' 3" 4'''; Statur, besetzt; Gesichtsform, rund; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, braun; Stirne, nieder; Augenbrauen, schwarz; Augen, grau; Nase, mittel; Mund, aufgeworfen; Bart, keinen; Kinn, rund; Zähne, gut. Durlach, den 26. Februar 1864. Großh. bad. Oberamt.
Spangenberg.

Z.g.4. Nr. 2215. Ettenheim. (Straferkenntniß.)

J. U. S.
gegen
Ambros Klauser von Ringsheim,
wegen Desertion.

Ambros Klauser von Ringsheim leistete der diesseitigen öffentlichen Aufforderung vom 29. Januar d. J., Nr. 1160, nicht Folge. Er wird deßhalb der Desertion für schuldig erklärt und vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung im Betretungsfalle unter Kostentragung in die gesetzliche Vermögensbuße von 1200 fl. verfällt, auch des großh. badischen Staatsbürgerrechts hiermit für verlustig erklärt.

Ettenheim, den 7. März 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Pfister.

Frankfurt, 8. März 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99¾ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	— —	„	3½% dto.	— —
„	5% do. 1859 „ „	76¼ b.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101⅞ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91 P.	„	4½% dto.	102 P
„	5% Venet. G. b. R. 6/7	78½ P.	„	4% dto.	99⅛ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	63⅞ G.	„	3½% dto.	91½ G.
„	5% Met.-Obligat.	57½ P.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	57¼ G.	Lrdg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90¼ G.
„	4½% Met.-Oblig.	50½ b.	Frankf.	3½% Obligation.	98¼ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	104 G.	„	3% dto.	91½ P.
„	4½% do.	99⅝ G.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	86⅜ P.
„	4% do.	94⅞ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	85 P.
„	3½% Staatssch.	89¾ G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101 G.	„	2% Schuld	45⅝ P.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	99⅞ P.
„	4% 1jährig	99¼ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99½ P.	Schwd.	4½% Obligation.	95¾ P.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95⅝ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 f.	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105½ P.	„	4½% Bern. St.-O.	101¾ G.
„	4% dto.	102⅜ G.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	95½ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97 P.
Baden	4% Obligation.	100 P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	93¼ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	137½ G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	741 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50¾ P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	173½ G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78⅝ P.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72¼ P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	215 P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81½ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ P.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	100¾ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	92¼ G.	4% Oest. Elb. 1. Pr.-O. i. Silb.	78¾ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5% „ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	102¾ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	330 P.	4% „ „ „	99¼ G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	94 G.	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	98⅛ P.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	108 G.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	25¾ G.	4% Südd. Buk.-A. 30% Einz.	250 P.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	138¼ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Mar.-Esb.-A. b. R.	102⅞ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	110⅛ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	110¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	154 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	125⅝ G.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	114½ G.
„ 250 „ „ 1854	71 G.
„ 100 „ Pr. L. 1858	127¾ P.
„ 500 „ v. 1860 6/7	76 b.
„ 100 „ „ 1864	91½ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112¾ P.
„ 35- „ „	51¾ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53¼ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132¼ G.
„ 25 „ „ „	37 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	37⅞ P.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	60¼ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33¼ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ausb.-Gunzenh. L.	11¼ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	L. S.	99½ G.
Antwerpen	„	93⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ B
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	93⅛ G.
Cöln	„	104⅞ G.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105⅛ B.
London	„	118 G
Mailb. i. Fr. 200	„	92¾ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	93⅜ G.
Wien	„	97 G.
Disconto		4% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39½-40½
Preuß. Frd'or.	„	9 56 -57
Holl. fl. 10 St.	„	9 44½-45½
Rand-Ducat.	„	5 33 -34
20-Frankenst.	„	9 20 -21
Engl. Sover.	„	11 44 -48
Gold pr. Zpfd.	„	803 -8
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6 -36
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.